Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 6

Artikel: Die Region und die Weltmächte
Autor: Hurni, Ferdinand
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163538

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

walt, das Ressentiment gegen das fremdartige Element der Israeli, gegen die jüdische Siedlungspolitik. Unter diesen Voraussetzungen ist es unwahrscheinlich, dass ein Ja zum Autonomieprozess rechtzeitig zustande kommen kann – selbst wenn das Ja und die daraus resultierende Teilnahme an der Abstimmung nichts von jenen weitreichenden Forderungen vorwegnehmen würden, die die staatliche Eigenständigkeit als Endziel bewahren.

In einer Zeit, da die Palästinenser vor der Entscheidung stehen, ob sie sich weiterhin passiv von der Geschichte und den miteinander rivalisierenden Kräften im Nahen Osten treiben lassen oder ob sie, mit zwar begrenzten Möglichkeiten und Erfolgsaussichten, aber dennoch aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft arbeiten sollen, vermischt sich die Realität des inneren Zustandes mit dem Zerrbild, das von aussen auf dieses Volk und diese Region projiziert wird. Das Dilemma schafft Resignation, verstärkt die Tendenz zum Rückzug ins Private – und überlässt wieder einmal den in einer anderen geistigen Welt lebenden Gruppen des Exils das Feld der Auseinandersetzung.

FERDINAND HURNI

Die Region und die Weltmächte

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war der Mittlere Osten, abgesehen von sowjetischen Einsprengseln in Nordpersien (bis 1946), ziemlich durchgehend westliches Einflussgebiet, wurde dann aber weltmachtpolitisch zu einem offenen Raum, da England und Frankreich – sei es freiwillig oder weil nach den europäischen Kriegsgemetzeln die Kraft oder der Wille, «koloniale» Positionen zu halten, nicht mehr in ausreichendem Mass vorhanden war – ihre mehr oder weniger direkte Kontrolle in den ehemaligen Völkerbund-Mandatsgebieten, in Ägypten und anderswo allmählich aufgaben. Dieses Machtvakuum übt wegen der grossen strategischen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Bedeutung der Region einen besonders starken Sog aus, hat sich aber bis heute nie richtig aufgefüllt.

Patt

Die seit rund dreissig Jahren um diese Weltgegend sich abspielende Auseinandersetzung zwischen Ost und West war bis jetzt dadurch gekennzeichnet, dass sich die beiden Supermächte direkter gewaltsamer Eingriffe in den dortigen Lauf der Dinge enthielten. Sie schrecken sich gegenseitig davon ab. Auf dem Niveau, auf welchem ihre Machtmittel eingesetzt werden könnten, scheinen sie sich mit einer Art Patt abzufinden. Die Bewegungen, die greifbare Auswirkungen haben, gehen unterhalb dieses Niveaus vor sich: in Form der Beeinflussung auf diplomatischem Weg, der Propaganda, der Subversion sowie auch der Ausnützung von Schwierigkeiten und Konflikten in oder zwischen einzelnen Staaten der Region, was durch deren Tendenz oft erleichtert wird, Unterstützung von ausserhalb zu suchen. Fast jede etwas auffallende politische Entwicklung innerhalb der Region gerät so in irgendeine Verquickung mit der grossen Auseinandersetzung – wodurch gelegentlich wesentliche andere Aspekte verdeckt werden.

Ansätze für die Sowjets

Die Sowjets sind im Mittleren Osten die Partei, die vorzudringen versucht, während der Westen – seit längerem vor allem Amerika – eine eindämmende Rolle zu spielen strebt. Dies hat sich insofern «von Natur» ergeben, als der Westen zu Beginn des Kalten Krieges in der ganzen Region sozusagen unter Ausschluss der Sowjets bis an deren Grenzen präsent war und dann zwar alle jene Länder in die volle Unabhängigkeit entliess, zugleich aber darauf bedacht sein musste, dass sie nicht in sowjetischen Griff gerieten. Zudem blieb auch nach der formellen Entkolonialisierung mancherlei in westlichen, besonders europäischen Händen. Damit bestand eine mehr oder weniger latente mittelöstlich-westeuropäische Konfliktsituation weiter; und gerade diese bot der Sowjetunion Ansätze, besonders nachdem in einigen Staaten Revolutionen stattgefunden hatten. Bei diesen, nämlich bei den Militärputschen in Ägypten 1952 und im Irak 1958 (sowie auch noch in Libyen 1969), bei denen ausgesprochen prowestliche Königshäuser gestürzt wurden, spielte übrigens sowjetische Subversion keine Rolle. Die neuen Machthaber erwiesen sich dann aber als für den Westen sehr unbequem – jedoch nicht deshalb, weil sie von vorneherein unter sowjetischem Einfluss gestanden hätten, sondern weil sie mit Programmen antraten, in denen die Beseitigung von «Überbleibseln des Kolonialismus» als Hauptpunkt figurierte. Als solche Überbleibsel sahen sie die noch in ihren

Ländern stationierten ausländischen Militärs, ausländische Basen, ausländisches Eigentum an Industrie, Boden und Bodenschätzen. Für den Fall eines Ausholens zu ihrer Beseitigung war westlicher Widerstand zu befürchten – mit Grund, wie die britisch-französische Invasion in Ägypten 1956 zeigte: diese war eine Reaktion auf die Nationalisierung des Suezkanals durch Abdel Nasser. Die Sowjets hatten im Mittleren Osten (abgesehen von Iran, wo sie bis in die fünfziger Jahre hofften, wirtschaftliche Privilegien halten zu können) nichts zu verlieren. Sie erschienen so als Macht, die Rückendeckung geben konnte. Sie haben natürlich solche Partnerschaft angeboten und damit viel Sympathien gewonnen. Ein relativ junges Beispiel für einen Erfolg dieser Politik ist der Freundschaftspakt des Irak mit der Sowjetunion von 1972: Für dessen Abschluss scheint in Bagdad mindestens unter anderm die Befürchtung den Ausschlag gegeben zu haben, dass von westlicher Seite Massnahmen gegen die vorgesehene Nationalisierung der Erdölproduktion ergriffen werden könnten. Übrigens hat dieser Pakt das irakische Regime nicht davon abgehalten, eine Reihe von Mitgliedern der Kommunistischen Partei hinrichten zu lassen. Aufschlussreich ist auch ein Blick in die irakische Aussenhandelsstatistik: Im Jahre 1975 kamen wertmässig 46 Prozent der eingeführten Güter aus Westeuropa, 27 Prozent aus asiatischen Ländern, 10 Prozent aus Nordamerika und nur 8 Prozent aus dem Ostblock. Die Statistiken der folgenden Jahre sehen ähnlich aus. Nicht darin enthalten sind freilich die beträchtlichen Kriegsmateriallieferungen aus der Sowjetunion.

Es war vor allem die stark nationalistische Einstellung arabischer Regime, ihr Streben nach absoluter politischer Handlungsfreiheit und eigener Verfügung über die Reichtümer ihrer Länder, was den Sowjets immer wieder Gelegenheiten zum Einflussgewinn öffnete. Unter diesem Aspekt ist auch die Bedeutung des Israelkonfliktes für die West-Ost-Auseinandersetzung zu sehen. Der jüdische Staat war für arabische Augen ein von den «Imperialisten» in ihre Region hineingepflanzter Fremdkörper, ein Vorposten der westlichen Mächte zur Wahrung ihrer Interessen, ein Keil in der arabischen Welt, welcher deren Zusammenschluss verhindert.

Das Beispiel Ägypten

Am sowjetischen Präsenzaufbau und -abbau in Ägypten lässt sich besonders deutlich illustrieren, wie all dies bis jetzt immer wieder die Möglichkeiten der äusseren Mächte, in die Region hineinzuwirken, bestimmte. Unter sowjetischer Aegide schloss 1955 die Tschechoslowakei mit Ägypten einen Waffenlieferungsvertrag. Nasser umging damit ein amerikanisch-

britisch-französisches Embargo. Für die Sowjets bedeutete es eine gewaltlose Überspringung des soeben ihrer Grenze entlang aufgebauten westlichen Sperrgürtels des Bagdad-Pakts (später Cento). Unter anderm weil Nasser scharf gegen solche westliche Abwehrsysteme polemisierte, verweigerten ihm die Amerikaner 1956 die Finanzierung des Assuan-Staudamms, der dann von den Sowjets gebaut wurde. Teilweise als Reaktion auf die amerikanische Verweigerung war die Nationalisierung des Suezkanals zu verstehen, auf die dann der Krieg vom Herbst 1956 folgte. Bis zum Junikrieg von 1967 und dann noch einmal nach der arabischen Niederlage in diesem Waffengang lieferte die Sowjetunion immer mehr Kriegsmaterial. Im Nilland wirkten anfangs der siebziger Jahre etwa 15 000 sowjetische Militärexperten; Luftbasen waren extraterritorial in sowjetischer Hand; die Verschuldung Ägyptens gegenüber der Sowjetunion nahm gewaltige Ausmasse an. Eine Wende trat ein, als sich eine Modifizierung der amerikanischen Haltung im Sinne besserer Ausgeglichenheit abzuzeichnen begann: 1972 forderte Präsident Sadat – motiviert unter anderm durch die Erwartung, dass sich, nach allen vergeblichen Versuchen der Gewaltanwendung mit sowjetischen Waffen, auf diplomatischem Weg mit amerikanischer Hilfe gegenüber Israel mehr erreichen lasse – Moskau zum Rückzug seiner Militärs auf; und diese gingen anstandslos. Inzwischen hat Sadat unter amerikanischer Aegide tatsächlich – im Friedensvertrag mit Israel – eine Lösung erreicht, die praktisch alle spezifisch nationalägyptischen Forderungen erfüllt.

Amerikas Haltung

Es gab in der hier zur Frage stehenden Periode eigentlich nur einen Fall direkter Gewaltanwendung von aussen: eben die britisch-französische Invasion von 1956. Chruschtschew drohte damals mit Raketeneinsatz. Es ist aber fraglich, ob die Amerikaner nur deshalb mit den Russen zusammen den Rückzug der Engländer und Franzosen aus Ägypten (sowie dann auch Israels aus dem Sinai) durchsetzten. Der Rückfall der europäischen Mächte in eine Art «Kanonenbootpolitik» zur Wahrung ihrer Interessen kam anscheinend den Verantwortlichen in Washington obsolet vor; er stand offensichtlich im Widerspruch zu den westlichen Vorstellungen von Freiheit. Und man kann wohl sagen, dass sich die Amerikaner selber bis jetzt an damit gegebene Regeln hielten. Ihre Truppenlandung bei Beirut im Juli 1958 und der parallele britische Einsatz in Jordanien erfolgten auf Begehren der legalen Regierungen dieser Länder angesichts des Umsturzes im Irak und eines Aufstandes pronasseristischer Kräfte im Libanon. Die west-

lichen Streitkräfte feuerten keinen Schuss ab und zogen sich noch im selben Jahr zurück, als sich die Lage beruhigt zu haben schien. Bei den späteren nahöstlichen Konfliktausbrüchen liessen es die Amerikaner bei Drohgesten bewenden: sie demonstrierten ihre Einsatzbereitschaft.

Vielleicht lässt sich die dahinterstehende amerikanische Doktrin etwa folgendermassen umschreiben: Die Kriegsmaschinerie würde in zwei Eventualfällen mit entsicherten Waffen in Bewegung gesetzt, nämlich im Fall einer offenen direkten sowjetischen Beteiligung an einem Angriff gegen Israel und im Fall direkter Gewaltanwendung der Sowjets zur Erweiterung ihres Einflussbereichs. Gegen den Aufbau der sowjetischen Militärpräsenz in Ägypten aber, der im Einverständnis mit der Kairoer Regierung erfolgte, unternahmen die Amerikaner nichts. Es gab allerdings eine bemerkenswerte Abweichung von dieser «Doktrin»: Im Herbst 1973 drohte Kissinger mit Gewaltmassnahmen für den Fall, dass das arabische Spiel mit der «Erdölwaffe» Formen annehmen sollte, die für die westliche Wirtschaft wirklich ruinös wären.

Von sowjetischer Seite ist nie eine ähnlich schroffe Drohung gegen irgendeinen arabischen Staat ausgestossen worden. Ob die Sowjets nicht gewaltsam vordringen würden, wenn sie könnten oder es wagten, ist eine andere Frage. Den Versuch des ihnen nahestehenden Nasser in den sechziger Jahren, in Richtung der Erdölquellen am Golf vorzudringen, das heisst seine massive kriegerische Intervention in Nordjemen, sahen sie mit Sympathie. Inzwischen sind den Sowjets in Südjemen und Äthiopien einerseits und in Afghanistan anderseits Einkreisstellungen in relativer Nähe der Ölquellen und der Haupt-Ölschiffahrtsstrasse zugefallen. Andere einigermassen feste Positionen aber haben sie im Mittleren Osten nicht. Auch sie haben sich bis jetzt an gewisse Regeln gehalten. Sie haben beispielsweise keinerlei Versuch gemacht, ihre Präsenz in Ägypten gegen den Willen der dortigen Regierung aufrechtzuerhalten.

Das Israelproblem

Seit Sadat sich auf den Weg der bilateralen Regelung mit Israel begeben hat, sind die Türen für die Sowjets in Syrien und im Irak noch etwas weiter aufgegangen. Jordanien wendet sich taktisch diesen beiden Staaten zu. Und Moskau hat sogar Fühler nach Saudiarabien ausgestreckt. Voraussetzung für eine dem ägyptischen Umschwenken ähnliche Wendung der Regime von Bagdad und Damaskus wäre wohl, dass für den Golan und Cisjordanien ähnliche Lösungen angestrebt würden wie für den Sinai. Hiergegen sträubt sich Israel aus Sicherheitsgründen sowie mit national-religiösen

Motiven. Seitens des Asad-Regimes sind früher – vor Sadats Jerusalemreise – Andeutungen gekommen, dass Syrien im Falle einer Rückgabe aller besetzten Gebiete den jüdischen Staat anerkennen würde. Aber die Israeli trauen solchen Friedenszusicherungen nicht. Daraus, dass dieses Misstrauen nicht unbegründet ist, ergibt sich eine der Hauptschwierigkeiten der Nahostpolitik Washingtons, das bis jetzt auf Israels Sicherheitsforderungen immer stark Rücksicht genommen hat. Materiell gesehen steht für den Westen in der arabischen Welt viel mehr auf dem Spiel als in Israel. Und daraus ergibt sich israelisches Misstrauen auch gegenüber der amerikanischen Politik: Der Westen könnte versucht sein, Israel oder wesentliche israelische Interessen preiszugeben, um die Araber zu gewinnen.

Monarchen und Revolutionäre

Israel ist in arabischen Augen, wie bereits erwähnt, *ein* «Überbleibsel» des Kolonialismus. Wie steht es mit den andern? Man kann sagen, sie seien beseitigt. Westliche Militärpräsenz gegen den Willen irgend einer örtlichen Regierung gibt es in der Region längst nicht mehr, aus dem Libyen Ghadhafis zogen die Amerikaner und Engländer ebenso anstandslos ab wie dann die Russen aus Ägypten. Was das Erdöl betrifft, war übrigens der Schah der erste, der zur Nationalisierung schritt (1954). Mit ewas rauheren Methoden ist Boumediène, Ghadhafi, den Irakern das selbe gelungen und in umgänglicheren Formen den Saudis und den «Ölscheichs». Westlicher Widerstand wurde hiergegen kaum geleistet. Die Überbleibsel des Kolonialismus sind also nicht nur in den Staaten mit progressistischen Regimen beseitigt, auf deren Programmen dies von vorneherein stand, sondern auch in allen Monarchien. Und so könnte man sagen, den Sowjets seien die durch diese Überbleibsel gegebenen Ansatzgelegenheiten für Einflussgewinn unvermerkt verlorengegangen. Da sich die Monarchen im Grunde genommen ähnlich verhalten wie die «Revolutionäre», lässt sich feststellen, dass eigentlich der Unterschied zwischen progressistischen und konservativen Regimen hinsichtlich Bequemlichkeit oder Unbequemlichkeit für den Westen gar nicht so gross ist.

Jenseits der Ideologie

Der Schah war in den letzten Jahren einer der Ölpreis-Hinauftreiber, zusammen mit den progressistischen Produzenten (Irak, Algerien, Libyen). Die Saudis und die Emire verhalten sich diesbezüglich zwar gemässigter,

bremsen aber nicht so stark und gehen mit ihren angehäuften Dollarguthaben nicht immer so um, wie das für den Westen wünschbar wäre. Die Trennlinie hinsichtlich Preisforderungen innerhalb der Opec verläuft, sieht man von Libyen ab, nicht zwischen Monarchien einerseits und progressistischen Staaten anderseits, sondern eher zwischen Staaten mit relativ zum Erdöleinkommen grosser Bevölkerung und solchen mit geringer Bevölkerung bei so grossen Einkünften, dass diese nur zu einem geringen Teil in eigenen Projekten investiert werden können oder müssen. Überhört man einmal den ideologischen Lärm, den «revolutionäre» Regime fast ständig machen, so lassen sich auch sonst beträchtliche Ähnlichkeiten ihrer Verfahrensweisen mit solchen der Monarchen feststellen. Alle haben sich eine Industrialisierung zum Ziel gesetzt, die es ihnen ermöglichen soll, in der Nach-Erdölzeit mit hohem Standard weiterzuleben. Die Ölförderung ist auch in den Monarchien staatlich, ebenso die Planung und Durchführung der Entwicklung sowie die aufgestellten Grossbetriebe. Der Unterschied besteht, etwas überspitzt gesagt, nur darin, dass dies in den Republiken mit dem Namen «Sozialismus» belegt wird. Bezüglich der Beteiligung in- und ausländischen privaten Unternehmertums bei dem Aufbau besteht nur ein mehr oder weniger starker gradueller Unterschied zwischen monarchischen und progressistischen Staaten. In Saudiarabien und in den Emiraten sind die Sowjetunion und ihre Satelliten als Lieferländer zwar ausgeschlossen; doch die Importstatistiken progressistischer Staaten sehen ähnlich aus wie die oben erwähnte des Irak. Ähnliches lässt sich bezüglich der Beiziehung ausländischen Fachpersonals sagen. Selbstverständlich geht auch das irakische, libysche und algerische Erdöl sozusagen vollständig in nichtkommunistische Länder. Die Sowjetunion ist in dieser Hinsicht auf 15 bis 20 Jahre hinaus autark.

Was die soziale Wirklichkeit in den verschiedenen Erdölländern betrifft, gibt es zwar beträchtliche Unterschiede, die aber ebenfalls nicht der Einteilung in Republiken und Monarchien entsprechen, sondern vielmehr der Relation zwischen Bevölkerungszahl und natürlichem Reichtum. Im Libyen Ghadhafis wie in Saudiarabien und in den ganz reichen Emiraten sind die eigenen Staatsbürger vom Staat so gut sozial gesichert, dass sie sich nicht sonderlich anzustrengen brauchen; die Arbeit wird durch Massen von Ausländern geleistet. In Algerien hingegen gibt es eine beträchtliche Arbeitslosigkeit; die Bevölkerung hat dort im Hinblick auf eine Industriezukunft die Gürtel eng zu schnallen. So, wie in andern Hinsichten, lässt sich Algerien wie auch etwa der Irak eher mit dem Iran des Schahs vergleichen als mit Libyen. Den Regimen von Algier und Bagdad könnten vielleicht eher ähnliche innere Schwierigkeiten entstehen wie dem Schah als den Monarchen auf der Arabischen Halbinsel: Diese sind wohl kaum durch die Mög-

lichkeit eines Aufstandes der eigenen Bevölkerung, der es ja bestens geht, gefährdet. Sie könnten allerdings irgend einmal, abgesehen von der Eventualität von Militärputschen, seitens der Ausländermassen in ihren Ländern in Gefahr kommen.

Unbequem ist die Einstellung der Erdölmonarchen auch in einer rein politischen Hinsicht: Namentlich König Feisal von Saudiarabien war im Grunde genommen gegenüber Israel nicht weniger radikal eingestellt als irgend eine revolutionäre arabische Regierung, nur dass dies bei ihm eher religiös-islamisch als nationalistisch motiviert war; man erinnere sich an den Erdölboykott vom Herbst 1973. Die Haltung der jetzigen saudischen Machthaber, etwa zum Friedenskurs Sadats ist alles andere als positiv. Vorbehaltslos gutgeheissen wird Sadats Politik nur vom Sultan von Oman.

Préjugé défavorable

Trotz den Ähnlichkeiten im Verhalten konservativer und «revolutionärer» Regime scheint im Westen eine Neigung weiter zu bestehen, Monarchen eher für annehmbare Partner zu halten als Progressisten. Im Zusammenhang mit der Ost-West-Auseinandersetzung erklärte sich dies ursprünglich daraus, dass die Monarchen natürlich nicht bei den sowjetischen Atheisten Rückendeckung suchen konnten. Inzwischen aber sind, wie gezeigt, wesentliche Gründe für die Hinwendung der Progressisten zu Moskau weggefallen. Sadat, der als prominentes Mitglied der Offiziersgruppe um Nasser, die König Faruk stürzte, ein Revolutionär der ersten Stunde war, hat offenbar als erster ganz eindeutig die Konsequenzen daraus gezogen. Dass ähnliche Entwicklungen etwa in Syrien oder im Irak eintreten, ist zum mindesten nicht ausgeschlossen. Soweit dem nicht der ungelöste Palästinakonflikt entgegensteht, ginge es dort wie auch sonst weitherum in der mittelöstlichen Welt darum, ein Befangensein in einer Art Kolonialismus-Angst-Komplex abzubauen, in dem starke préjugés défavorables gegenüber dem Westen begründet sind. Den russischen Kolonialismus hat man im Mittleren Osten nicht am eigenen Leib erlebt; doch dürfte man immerhin auch dort wissen, wie schwer es wäre, sich wieder aus sowjetischer Kontrolle hinauszuwinden, wäre man einmal unter solche geraten.

Jedenfalls hat sich bis jetzt, sieht man von Südjemen und Afghanistan ab, nie ein Regime der Region eindeutig in sowjetisches Fahrwasser begeben. Und abgesehen von den Machthabern in den genannten Ländern kann auch keines der dortigen Regime als kommunistisch bezeichnet werden. Nasser, die Baathisten in Syrien und im Irak oder der FLN in Algerien haben zwar gewisse Anleihen beim Marxismus gemacht, aber wesentliche

Punkte der Lehre strikte verworfen. Sehen wir über die Ideologie hinweg auf die Wirklichkeit in solchen Ländern, ist festzustellen, dass sich die revolutionären Massnahmen ihrer Regime im Innern nicht im entferntesten mit der Radikalität vergleichen lassen, mit welcher die russische, die chinesische, die vietnamische oder gar die kambodschanische Revolution die Gesellschaft eingeebnet haben.

Die Fehleinschätzung in Iran

Man kann sich fragen, ob die so viel beredete Fehleinschätzung der Situation in Iran vor dem Umsturz nicht wenigstens teilweise durch einen gewissen Schematismus der Betrachtung bedingt gewesen sei. Der Schah sprach immer nur von Kommunisten und ausländischen, das heisst sowjetischen Agenten. Und im Westen scheint man die Lage da und dort nach einer Formel beurteilt zu haben, die etwa lauten könnte: «Was nicht König ist, ist Kommunist». Man sah die Gefahr von einer Seite kommen, von der sie ohne Zweifel *auch* kam; man übersah aber diejenigen Kräfte, die schliesslich den Volksaufstand so weit trieben, dass der Schah sich zum Abgang gezwungen sah. Und das sind Kräfte, die zwar nicht prowestlich, aber auch nicht kommunistisch oder prosowjetisch sind. Was das Persien nach dem Schah betrifft, hat man wohl zunächst einmal hinzunehmen, dass es sich in den weiten Zwischenbereich begeben hat, in dem sich – abgesehen von Südjemen und Afghanistan einerseits und Israel, der Türkei sowie vielleicht nun auch Ägypten anderseits – bereits alle Republiken der Region befanden. Iran mag für den Westen ein noch weniger umgänglicher Partner geworden sein. Aber nicht darin besteht eine der Hauptgefahren, sondern darin, dass die Sowjets innere Wirren in diesem Land zu Versuchen ausnützen, eben doch noch den Fuss wirklich hineinzusetzen.

Es lässt sich die weitere Frage stellen, ob es nicht auch im Westen ein gewisses *préjugé défavorable* immer noch gebe, sozusagen als Pendant zu dem mittelöstlichen: Man scheint sich im Westen nicht leicht damit abzufinden, dass die mittelöstlichen Dinge im Nach-Kolonialzeitalter einen eigenen, originären Lauf nehmen, und sie daher oft nach dem Grundsatz zu beurteilen: «Wer nicht für mich ist, ist wider mich» – oder genauer: «Wer sich nicht öffentlich für mich ausspricht, ist wider mich». Da republikanische Regime im allgemeinen auf ihre Unabhängigkeit – öffentlich – stärker pochen als monarchische und es den sich «revolutionär» nennenden unter ihnen besonders schwer fällt, irgendwelche prowestliche Zeichen zu geben, scheint man im Westen von jeher geneigt gewesen zu sein, sie zum vorneherein scheel anzusehen. Es ist zu vermuten, dass man sich damit einige Beeinflussungsmöglichkeiten verbaut hat.

Neue Schwierigkeiten für den Westen?

Der Aufstand in Iran war stark religiös sowie durch ein Sich-Sträuben gegen Identitätsverlust infolge Modernisierung motiviert. Ist Khomeinys Bewegung der Anfang einer sich ausbreitenden nicht-progressistischen Revolution, die unter anderm auch mit Zweifeln verbunden ist, ob eine forciert aufgebaute Industrie zum Tragen kommen könne? Solche Zweifel sind jedenfalls nicht aus der Luft gegriffen. Und aus ihnen könnte sich aus Gründen, die mit denen von 1973 nichts zu tun haben, eine allgemeinere Tendenz ergeben, die Erdölförderung einzuschränken – zumal ja die meisten Produzenten auf der Halbinsel, im Gegensatz etwa zum Irak, zu Algerien oder auch Iran, auf Einnahmen in der bisherigen Höhe ohnehin schon lange nicht mehr angewiesen sind – und zugleich die Aufträge an Firmen der entwickelten Welt hinunterzuschrauben ...

Der Westen mit dem mächtigen Amerika ist wirtschaftlich ausserordentlich stark von einigen Familien abhängig geworden, die in dünn besiedelten Staaten regieren, welche machtmässig sozusagen nichts darstellen. Sieht man davon ab, dass in einen Ruin der westlichen Wirtschaft auch die Finanzguthaben dieser Familien im Westen hineingezogen würden, nehmen sie bei ihrer Erdölpolitik vor allem daher auf den Westen mehr oder weniger Rücksicht, weil sie sich vom Kommunismus bedroht fühlen. Die Situation hat eigentlich eine paradoxe Seite: Weil es die sowjetische Bedrohung gibt, dämpfen die Grossproduzenten auf der Halbinsel ihre Launen und Forderungen. Die Drohung Kissingers vom Herbst 1973 richtete sich übrigens nicht gegen irgendwelche «revolutionäre» Staaten, sondern gegen die Monarchen.

Der Westen ist in diesem Teil der Welt, weil er das Erdöl braucht, viel verletzlicher als die Sowjetunion. Die Aussicht, dass bald allgemeine internationale Regelungen über bindende Verpflichtungen der Eigentümer von Bodenschätzen zustandekommen, ist angesichts der Weltlage gering. So ist wohl kein baldiges Ende des Pokerspiels um die Region abzusehen. Immerhin ist in Erwägung zu ziehen, dass die Sowjetunion, die bis auf weiteres auf das mittelöstliche Erdöl nicht angewiesen ist, dort weniger vitale Interessen hat und so wohl auch weniger Grund, es gegebenenfalls zum Äussersten kommen zu lassen.